

Deutschland hat Zukunft – Klimapolitik nach Kattowitz

Freitag, 15.02.2019 um 10:00 Uhr

The Charles Hotel, Ballsaal

Sophienstraße 28, 80333 München

Begrüßung Klimaparcours 2030

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Dr. Sach,

sehr geehrte Frau Dr. Huckestein,

sehr geehrter Herr Dr. Fuchs,

sehr geehrter Herr Häring,

meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie zu unserem heutigen Kongress.

Als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
bekennen wir uns zum Klimaschutz.

Wir müssen in Deutschland und Europa aber
endlich anerkennen, dass Klimaschutz nur
international funktioniert.

Europäische oder deutsche Alleingänge sind

- klimapolitisch sinnlos und
- wirtschaftspolitisch grob fahrlässig.

Der einzige Effekt von Klimaschutzmaßnahmen,
die über weltweit vereinbarte Regelungen

hinausgehen: Sie schaden den heimischen Unternehmen.

In der gegenwärtigen Debatte, die emotional aufgeladen ist, müssen wir daher schnell zur Sachlichkeit zurückkehren.

Fakt ist: Deutschland und Europa alleine können das Klima nicht retten.

Es nützt nichts, wenn wir unsere Performance zuhause ständig verbessern, andere Länder aber immer mehr Energie verbrauchen – und die weltweiten CO₂-Emissionen weiter steigen.

Alleingänge führen nur dazu, dass die Produktion verlagert wird und in Ländern mit niedrigeren Anforderungen stattfindet.

Der gegenwärtige Trend ist gefährlich.

Das gilt zum einen für Europa, das sich als internationaler Musterschüler präsentieren will.

Während der Weltklimavertrag eine weitgehende Treibhausgasneutralität bis Ende

des Jahrhunderts vorsieht, soll Europa nach Vorstellung der EU-KOM bereits bis 2050 klimaneutral sein. Das ist völlig überzogen!

Um dieses überambitionierte Ziel zu erreichen, stößt die EU Maßnahmen an, die unserem Standort schaden.

Ich nenne zwei Beispiele:

- Ende 2018 hat Brüssel beschlossen, den CO₂-Ausstoß von Neuwagen bis 2030 gegenüber dem Grenzwert von 2021 um 37,5 Prozent zu senken.

Das ist ein schwerer Schlag gegen unsere Leitindustrie, die sich ohnehin in einem tiefgreifenden Strukturwandel befindet.

- Darüber hinaus plant die EU die Stärkung der so genannten Green Finance.

Investitionen, die zur CO₂-Minderung beitragen, sollen vorangetrieben werden.

Die bislang vorliegenden Vorschläge

blenden aber die schwerwiegenden Folgen

auf die Realwirtschaft völlig aus. Hier müssen wir Korrekturen vornehmen!

Auch die Bundespolitik darf nicht überdrehen!

Der Klimaschutzplan 2050 ist überambitioniert, dirigistisch und gegen die Wirtschaft gerichtet.

Der deutschen Wirtschaft drohen damit weitere massive Sonderlasten.

Und das, obwohl gerade unsere Unternehmen vorbildlich sind: Trotz eines Produktions-Anstiegs hat die deutsche Industrie ihre CO₂-Emissionen von 1990 bis 2016 um ca. 34 Prozent verringert.

Damit ist das wirtschaftlich und technisch Erreichbare weitgehend ausgeschöpft. Dennoch fordert der Klimaschutzplan von der Industrie, bis 2030 weitere 24 Prozent einzusparen.

Wie Sie wissen, hat die Kohlekommission kürzlich einen vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgeschlagen. Die erste

Phase würde parallel zum Ausstieg aus der Kernenergie laufen.

Wenn die Bundesregierung den Vorschlag annimmt, würde der Gesetzgeber bis Ende 2022 zusätzlich rund 7 GW gesicherte Kraftwerksleistung aus dem Markt nehmen.

Das hätte drastische Auswirkungen auf Versorgungssicherheit und Preise.

Dem Klima ist mit dieser Maßnahme erst einmal kaum geholfen: Weltweit sind knapp 1.400 neue Kohlekraftwerke in Planung oder im Bau!

Wir haben immer dafür plädiert, zuerst den einen Ausstieg sicher zu bewältigen, bevor der nächste umgesetzt wird!

Auch die CO₂-Bepreisung muss international abgestimmt und im Rahmen einer umfassenden Überarbeitung des deutschen Systems von Steuern, Abgaben, Entgelten und Umlagen

erfolgen. Alleingänge und zusätzliche Belastungen müssen ausgeschlossen sein.

Schließlich lehnen wir auch ein Klimaschutzgesetz mit sektorspezifischen Klimazielen klar ab.

Meine Damen und Herren,

Der Weltklimavertrag von Paris hat die Basis dafür geschaffen, dass alle Staaten ihren gerechten Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Nur so kann das Ziel erreicht werden, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf maximal zwei wenn möglich sogar auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Bislang befindet sich der internationale Klimaschutz aber in einer deutlichen Schiefelage.

In der EU sind die Treibhausgasemissionen von 1990 bis 2017 trotz steigenden Wirtschaftswachstums um ein Fünftel

gesunken, in Deutschland sogar um 27,7 Prozent.

In China, Indien, Japan und den USA hingegen ging das Wirtschaftswachstum mit steigenden Emissionen einher.

Die weltweiten Treibhausgasemissionen sind von 1990 bis 2017 auf das etwa 1,5-fache angestiegen. Knapp 40 Prozent der gegenwärtigen Emissionen entfallen auf die beiden größten Emittenten China und die USA. Zum Vergleich: Deutschland verursacht 1,8 Prozent der weltweiten Emissionen.

Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass sich alle großen Treibhausgasemittenten zu aufeinander abgestimmten Klimazielen bekennen und diese umsetzen. Gerade die aufstrebenden Schwellenländer müssen mehr Verantwortung übernehmen.

Einheitliche Spielregeln brauchen wir auch für die Finanzierung des internationalen Klimaschutzes.

Ziel der Staatengemeinschaft ist es, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzmaßnahmen bereitzustellen.

An dieser Finanzierung müssen sich sämtliche große Emittenten beteiligen! Wir sitzen alle im selben Boot. Es kann nicht sein, dass wenige rudern, während sich andere zurücklehnen.

Die zentrale Schwäche des Weltklimavertrags war bislang, dass es keine einheitlichen Standards gab. Mit der Klimakonferenz von Kattowitz hat sich das verbessert.

Es wurde ein umfangreiches Regelwerk verabschiedet, das die vagen Beschlüsse des Weltklimavertrags von Paris konkretisiert.

Bestandteile des neuen Regelbuchs sind u.a.

- Vorgaben zum Aufbau der nationalen Klimaschutzbeiträge,
- die Pflicht für alle Staaten, im Zwei-Jahres-Turnus einen Bericht über die jeweiligen Klimaschutzmaßnahmen vorzulegen,
- Vorgaben zur Ausgestaltung von Finanzberichten,
- eine globale Bestandaufnahme, die die Klimaschutzfortschritte der Staaten prüft
- und eine Definition darüber, wie ein Kontrollausschuss arbeiten muss.

Meine Damen und Herren,

Das neue Regelwerk von Kattowitz bildet das Fundament für eine faire Lastenteilung beim Klimaschutz.

Entscheidend ist jetzt, dass sich sämtliche Staaten an dieses Regelwerk halten und die bestehenden Vorgaben auch anwenden!

Wir erreichen jedoch nichts, wenn wir in
Deutschland und Europa alleine vortreten
und dabei die Stellung unserer Wirtschaft aufs
Spiel setzen!

Vielen Dank!